



Antrag

der Abgeordneten **Carolina Trautner, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Menschenrechtsverletzung weibliche Genitalverstümmelung ächten II: Versorgung der betroffenen Mädchen besser honorieren, weitere medizinische Anlaufstellen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag appelliert an den Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), durch eine Anpassung der Vergütung und Abrechnungsmodalitäten eine nachhaltig gesicherte Grundlage für eine multidisziplinäre medizinische und psychologische Versorgung von betroffenen Patientinnen zu schaffen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Bayerischen Plankrankenhäuser und Universitätsklinika gebeten werden zu prüfen, ob sie im Rahmen verfügbarer Stellen und Mittel nach dem Beispiel des Klinikums Rechts der Isar in München weitere Kompetenzstellen mit regelmäßigen Sprechstunden für die betroffenen Frauen schaffen können.

Begründung:

Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind weltweit mehr als 200 Millionen Mädchen und Frauen beschnitten. Rund drei Millionen Mädchen sind von einer Genitalverstümmelung bedroht. (Quelle: WHO, Female genital mutilation). Nach Schätzungen der WHO stirbt jedes zehnte Mädchen während oder direkt nach der Beschneidung – und jede vierte Frau an den langfristigen Folgen. (Gefunden bei: Bundeszentrale für politische Bildung).

Dennoch geht das Bundesfamilienministerium von über 66 700 Mädchen und Frauen in Deutschland aus, die von Genitalverstümmelung betroffen sind. Mit der neuerlichen Migrationsbewegung ist von einem weiteren Anstieg auszugehen.

Die Versorgung der betroffenen Mädchen und Frauen ist oft aufwendiger und zeitintensiver, sodass die bestehenden regulären Abrechnungsziffern dies nicht adäquat abbilden können. Hier ist die Bundesebene – der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die KBV – gefordert, dies entsprechend abzubilden.

Auch sollen weitere Anlaufstellen in Bayern – etwa an den Uniklinika – angeregt und geprüft werden. In diesem Zusammenhang geht es nicht um die rein medizinische Versorgung, sondern auch um Verletzungen der Seele, um Traumata und die Scham, über dieses Thema zu sprechen. Dies muss in den Behandlungsangeboten in Bayern seinen Niederschlag finden.